

12.02.2019

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Islam in Nordrhein-Westfalen: Interreligiösen Austausch intensivieren – Dialog mit Muslima und Muslimen auf eine neue Grundlage stellen

I. Ausgangslage

Nordrhein-Westfalen ist auch in religiöser Hinsicht ein vielfältiges Land. Rund 70 Prozent der Bevölkerung sind Angehörige der christlichen Kirchen. Muslime bilden mit 1,3 bis 1,5 Millionen Menschen die größte religiöse Minderheit. Darüber hinaus leben in unserem Land rund 30.000 Angehörige des Judentums sowie Mitglieder weiterer Religionsgemeinschaften wie z. B. Jesidentum, Buddhismus und Hinduismus.

Das Grundgesetz garantiert in Artikel 4 die freie Religionsausübung. Die bereits mit der Weimarer Reichsverfassung erfolgte Trennung von Staat und Kirche verpflichtet den Staat zur weltanschaulichen Neutralität gegenüber religiösen Bekenntnissen und Weltanschauungen. Jede Religion und Weltanschauung darf sich im Rahmen der geltenden Gesetze frei entfalten. Diese Freiheit in Verantwortung wollen wir stärken und schützen.

Der Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen ist für die friedliche und konstruktive Gestaltung des Zusammenlebens in einer pluralen Gesellschaft unverzichtbar. Grundlagen eines interreligiösen Dialogs sind Begegnung und Austausch zwischen den Angehörigen verschiedener Religionsgemeinschaften. Bei Wahrung der eigenen religiösen Identität sollen dabei Verständnis und Akzeptanz der jeweils anderen in ihrer Religion, Kultur und Mentalität gefördert werden.

Dabei dürfen wir negative Einflüsse durch religiösen Extremismus, religionsbezogene Diskriminierung und religionsfeindliche Gewalt – wie bei antisemitischen, islam- und christenfeindlichen Angriffen sowie aufgrund einer Verknüpfung von Religion und Nationalismus – nicht außer Acht lassen. Ein interreligiöser Dialog soll diesen Tendenzen entgegen wirken.

Die Muslime in Nordrhein-Westfalen unterscheiden sich je nach Herkunftsland und Glaubensrichtung. So existiert auf Landesebene keine gemeinsame Vertretung aller Muslime.

Datum des Originals: 12.02.2019/Ausgegeben: 12.02.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Zusammenarbeit der Landesregierung mit dem organisierten Islam konzentrierte sich bis zum Jahr 2017 auf den Dialog mit dem alevitischen Verband AABF sowie mit den im Koordinationsrat der Muslime (KRM) zusammengeschlossenen, größtenteils türkisch geprägten Islam-Verbänden DITIB, VIKZ, Islamrat und ZMD. Um den Dialog auf eine neue Grundlage zu stellen, wollen wir in Zukunft eine größere Bandbreite muslimischer Verbände, Organisationen und Initiativen einbeziehen.

Diese Neuausrichtung der Dialogarbeit mit den Muslima und Muslimen bedarf einer arbeitsfähigen Organisationsstruktur, aus deren Mitte dieser Prozess begleitet, gesteuert und gestaltet werden kann. Diese Aufgabe soll die neu zu schaffende Koordinierungsstelle „Muslime in NRW“ wahrnehmen. Mit der Verabschiedung des Landeshaushalts für 2019 hat der Landtag die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Einrichtung der Koordinierungsstelle geschaffen.

Eine Stärkung des innermuslimischen Dialogs durch die Arbeit der Koordinierungsstelle und die Einbindung unterschiedlicher muslimischer Akteure kann auch bei dem Bemühen um eine Intensivierung des interreligiösen Dialogs mit genutzt werden.

II. Beschlussfassung

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- mit der Koordinierungsstelle „Muslime in NRW“ ein Konzept zur Neuausrichtung der Dialogarbeit mit den Muslima und Muslimen zu entwickeln, das einen großen Kreis muslimischer Akteure einbindet, liberalen und weltoffenen Akteuren eine Plattform bietet, demokratische Aushandlungsprozesse stärkt, die Lebenswirklichkeit von Muslimen in den Blick nimmt, gesamtgesellschaftliche Fragestellungen aufgreift, Expertenwissen nutzt, sozialräumliche Vernetzung ermöglicht und Maßnahmen und Projekte stärkt, die den Grad an Eigenständigkeit und Selbstbestimmung befördern.
- aufbauend auf der Arbeit der Koordinierungsstelle Maßnahmen und Aktivitäten zur Intensivierung des interreligiösen Dialogs zu entwickeln. Ziel dieses Dialogs ist die Gestaltung eines weiterhin friedlichen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Religion in unserer gemeinsamen Heimat Nordrhein-Westfalen. Präventive Maßnahmen gegen und die Bekämpfung von Antisemitismus, Islam- und Christenfeindlichkeit oder anderer religionsfeindlicher Gewalt, sind dabei zu berücksichtigen.
- im Rahmen der Neuausrichtung des Dialogs mit Muslima und Muslimen und des interreligiösen Dialogs die Herausforderungen im Rahmen der (Flüchtlings-)Migration zu berücksichtigen. Dabei stehen die gemeinsame Vermittlung der freiheitlich-demokratischen Rechts- und Werteordnung sowie die Integration in unsere Gesellschaft im Vordergrund.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Gregor Golland
Heike Wermer
Margret Voßeler-Deppe

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Stefan Lenzen

und Fraktion